

Kanzleramt schwieg zwei Jahre

NSA-AFFÄRE Das Parlament wurde erst spät über die Spionagepraxis des BND informiert

VON MARKUS DECKER

Berlin. Als der Präsident des Bundesnachrichtendienstes die Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) am Mittwochabend verließ, tat er dies mit leicht hängendem Kopf. Auf die Frage, wie es ihm denn gehe, reagierte Gerhard Schindler ebenfalls nicht besonders euphorisch. Kurzum: Die jüngste Fortsetzung des so genannten NSA-Skandals bildete sich in der Körpersprache des 63-Jährigen sichtbar ab.

In der geheimen Sitzung des PKGr hatten der BND-Chef und das Kanzleramt einräumen müssen, dass der deutsche Auslandsgeheimdienst gegen befreundete EU-Staaten und die USA womöglich Selektoren eingesetzt hat, die dem Auftragsprofil des Dienstes oder dem Gesetz widersprechen – oder vielleicht sogar beidem. Selektoren sind Suchbegriffe, mit deren Hilfe Kommunikation durchforstet wird. Das BND-Gesetz, das die Arbeit des Dienstes regelt, verbietet Lauscheinsätze gegen Ziele etwa in anderen EU-Staaten oder in den USA nicht automatisch. Deshalb fordert die SPD eine Verschärfung. Das Auftragsprofil des BND unterliegt seinerseits der Geheimhaltung.

In den letzten Monaten war es stets bloß um jene Selektoren des US-Geheimdienstes NSA gegangen, die der BND einspeiste und auswertete. Die einschlägigen Listen werden derzeit von dem ehemaligen Richter am Bundesver-

waltungsgericht, Kurt Graulich, gesichtet. Davon, dass der BND eigene problematische Selektoren einsetzte, war nicht die Rede.

Zunächst ist also die Sache zu klären. Und die wiegt offenbar schwer. Der stellvertretende PKGr-Vorsitzende Clemens Binninger (CDU) sagte am Donnerstag: „Die Vorwürfe sind sehr ernst.“ Es herrsche „mehr als der Verdacht, dass Selektoren verwendet wurden, die nicht vom Auftragsprofil gedeckt waren“. Das müsse jetzt überprüft werden. Auf Weisung des Gremiums wird deshalb in der kommenden Woche eine Task Force – also eine Art Schnelle Eingreiftruppe des PKGr – zur BND-Zentrale nach Pullach reisen, dort die Fakten prüfen und anschließend Bericht erstatten. Ein erster Zwischenbericht ist für den 11. November vorgesehen. Nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ handelt es sich um über 2000 problematische Suchbegriffe – von 300 000 BND-Suchbegriffen insgesamt. Sie waren seit Ende der 90er Jahre im Betrieb.

Die andere Frage ist die nach den Verantwortlichkeiten. Denn dem Vernehmen nach ist es so gewesen, dass Schindler im Oktober 2013 und unter dem Eindruck der Enthüllungen des einstigen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden zum damaligen Chef des Bundeskanzleramtes, Ronald Pofalla (CDU), ging, um ihn über die BND-eigenen Selektoren aufzu-

klären. Der ließ die Praxis umgehend stoppen. Just zu jener Zeit war es auch, als Pofalla den Skandal einerseits gezielt herunterspielte – und Kanzlerin Angela Merkel andererseits mit Blick auf die NSA-Aktivitäten und die Überwachung ihres Dienst-Handys kundtat: „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht.“

Gewiss ist überdies, dass der BND und das Kanzleramt die ganze Angelegenheit volle zwei Jahre, nämlich vom Oktober 2013 bis zum Oktober 2015, für sich behalten haben – trotz der seit Monaten laufenden parlamentarischen Untersuchungen. Erst die zuletzt einsetzenden Recherchen von Medien ließen es beiden Instanzen angeblich opportun erscheinen, die Flucht nach vorn anzutreten und den Vorgang zumindest parlamentsintern offen zu legen.

Der PKGr-Vorsitzende André Hahn (Linke) sagte, der BND habe „die Kanzlerin ins Messer laufen lassen“, als sie erklärte: „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht.“ Stattdessen hätte er schon vor zwei Jahren gestehen sollen: „Wir machen das auch.“ Der Obmann der grünen Bundestagsfraktion im NSA-Untersuchungsausschuss, Konstantin von Notz, erklärte: „Wenn das alles so stimmt, dann wird man im Bundeskanzleramt und im BND um Konsequenzen nicht herum kommen. Denn dann sind wir belogen worden. Natürlich steht dann auch der BND-Präsident zur Disposition.“

Reaktionen auf die jüngsten Enthüllungen

Hans-Christian Ströbele, Grünen-Innenexperte, sagte, das Bundeskanzleramt habe den BND offensichtlich nicht im Griff. Zum Satz Merkels, Ausspähen unter Freunden gehe nicht, sagte er: „Während sie diesen Satz gesagt hat, müssen sich die Damen und Herren beim BND ja auf die Schenkel geklopft und gefragt haben, was erzählt die denn da?“

Heiko Maas, Bundesjustizminister (SPD), forderte eine Reform der rechtlichen Grundlagen für die Arbeit des BND: „Rechtsstaat und Grundrechte enden nicht an Deutschlands Grenzen.“ Er verlangte zudem, die parlamentarische Kontrolle zu verbessern. Dazu würden mehr Befugnisse und eine verbesserte Ausstattung gehören. (dpa, rtr)